

FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 6
Juli 2015



Türkei/Irak

Hunderttausende vor Europas Toren

Die schlimmsten Befürchtungen scheinen Realität zu werden: Der nicht enden wollende Krieg der Islamisten gegen alle, die ihnen nicht Folge leisten, ihre kompromisslose Tötungs- und Unterwerfungsstrategie hat zu einer Konzentration von Flüchtlingen entlang der Grenze zur Türkei geführt. Hunderttausende leben in geordneten und wilden Lagern in Syrien und dem Irak, Zigtausende bereits in der Türkei in Lagern. Aber begann nicht gerade hier vor einhundert Jahren der Exodus der Christen durch den Völkermord, begangen durch das Osmanische Reich? Die aus der IGFM hervorgegangene Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen hatte ihren diesjährigen Stiftungspreis posthum Ignatius Maloyan, armenisch-katholischer Erzbischof von Mardin, gewidmet, der zusammen mit 400 weiteren Christen am 11. Juni 1915 ermordet wurde, weil er nicht zum Islam konvertieren wollte.

Den Preis nahm im Auftrag des armenisch-katholischen Patriarchen Monsignore Georges Dankaye entgegen. Er war in Aleppo geboren und aufgewachsen und nannte die Dinge beim Namen. „Die Christen wollen nicht mehr im Nahen Osten leben. Einige haben schon zum zweiten Mal ihr Haus verloren und mussten fliehen. Es ist genug. Die Jugend sieht sich die Geschichte an und verlässt das Land. In Syrien bleiben noch die Priester, aber im Irak gehen auch sie. Immer haben wir die Bischöfe in die Entscheidung mit einbezogen, wenn es darum ging: Gehen oder Bleiben. Wir haben immer gehofft, und so vergeht Zeit. Mein Bruder erzählte, wie Leute zu seinem Haus kamen und fragten ‚Ist das Ihr Haus? Wir wollen es kaufen. Was soll es kosten 1 Million, 2 Millionen?‘ Seine Antwort. ‚Moment, ich will fragen.‘ Schon kurz danach hörte er Schüsse und Bombeneinschläge in der Nähe; und schließlich verließ er mit



Katrin Bornmüller, Carmen Jondral-Schuler
und Jeside Muhiddin Boga im Lager in Diyarbakir

seiner Familie das Haus im Schlafanzug mit Nichts. Selbst die Bischöfe können die Gläubigen nicht aufhalten, wir können keine Hoffnung geben. Wir sagen heute daher. ‚Tut, was gut für Euch ist!‘ Für uns Christen ist eine politische Diktatur eher zu ertragen als eine Diktatur der Djihadisten.



Bleiben oder gehen? Schicksalsfrage aller
Kirchen im Nahen Osten

besuchten Flüchtlingslager und Bürgermeister im Tur Abdin im Südosten der Türkei. „Dass wir gleich am ersten Tag nach unserer Ankunft bei den türkischen Parlamentswahlen als Wahlbeobachter in Midyat fungieren würden, war nicht geplant“, so Frau Jondral-Schuler. „Nach dem sensationellen Wahlerfolg der kurdischen Partei HDP hoffen die Minderheiten nun auf eine Änderung der Politik und auf Schutz“, pflichtet Katrin Bornmüller bei. Bei Besuchen von La-

gern in Midyat, Dyrbakir, Batman und in dem Dorf Bacin stießen sie immer wieder auf Flüchtlinge, die Grauensberichte berichteten. Jeder kannte schreckliche Schicksale von Gemetzeln, Vergewaltigung und Versklavung durch die IS-Kämpfer. Die Lager seien gut organisiert, aber erschreckend die Rollenverteilung in den Lagern: Frauen und Mädchen lebten isoliert von

der Außenwelt, nur die Männer würden das Lager verlassen. Und auch für die heranwachsenden Kinder gäbe es zu wenig Bewegung und Abwechslung. Als Katrin Bornmüller Plüschtiere an kleine Kinder verteilen wollte, erlebte sie, wie traumatisierte Kinder panisch auf die fremden Gesichter reagierten und laut aufschrien.

„Das, was die Flüchtlinge jetzt brauchen, ist Sommerkleidung, weiße Stoffe zum Nähen der traditionellen Kleidung, Unterwäsche, Hygieneartikel, Waschpulver, Spielsachen und Schulzeug, an technischen Geräten Kühlschränke und Ventilatoren.“

Im Oktober wird Vorstandsmitglied Sylvia Wähling die Verteilung der Hilfen kontrollieren. Dabei wird sie von Ärzten begleitet, die auf eigene Kosten mitfahren und nicht nur schauen, sondern vor allem helfen wollen. Wenn auch Sie Arzt sind und an der mehrtägigen Mitreise interessiert sind, melden Sie sich bitte!

Den nächsten Lastzug Ende Juli werden wir vollpacken mit orthopädischen Hilfsmitteln für behinderte und versehrte Kinder, Hygieneartikeln, Handcremes, Waschpulver und andere humanitäre Hilfen sowie Spielsachen und Schulbedarf. Um das alles finanzieren zu können, werden wir mindestens 15.000 € sammeln. Wir zählen auf Ihre Mithilfe.

Kennwort Irak (89)

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

„Tut, was für Euch gut ist.“
Monsignore Georges Dankaye, Beauftragter des armenisch-katholischen Patriarchen, machte mit diesem einen Satz, gerichtet an die Christen im Nahen Osten, die ihre Heimat aufgeben wollen, Hoffnungen und Lügen ein Ende. Keine Versprechungen mehr, dass es wieder gut wird und Christen, Jesiden und andere religiöse Minderheiten im Nahen Osten unter muslimischer Herrschaft in Frieden leben werden. Wer die Macht hat, diktiert die Wahrheit:

In Yohanabad bei Lahore/Pakistan werden die Christen systematisch in die Ausweglosigkeit getrieben. Nach zwei Selbstmordattentaten, bei denen 18 Christen und die beiden Bombenleger getötet sowie über 100 Christen schwer verletzt wurden, hatten aufgebrachte Christen zwei muslimische Terrorhelfer den Händen der Polizei entrissen und gelyncht; unentschuldig, aber die Bestrafung unverhältnismäßig.

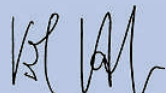
In Russland diktiert Präsident Putin, wer was sagen darf. Wer sich nicht daran hält, bekommt das neue Gesetz 264.1 und seinen Präsidentenerlass 271 zu spüren.

Die Richter in Saudi-Arabien halten es weiterhin für angemessen, einen Menschen tausendmal peitschen zu dürfen.

Erzbischof Maloyan hatte vor der Massenhinrichtung 1915 seinen Mitgefangenen gesagt: „Seid bereit. Macht Euch bereit.“ Er wollte Mut vor dem unvermeidbaren gemeinsamen Tod geben.

Wir verstehen seine Worte als Aufforderung, wachsam zu bleiben, denen zu helfen, die Hilfe brauchen. Gute Menschen zu sein, keine Gutmenschen.

Ihr



Karl Hafen



Pakistan

Verzweifelt, verhöhnt, bedroht, hilflos und arm

„Mein Mann und ich waren auf dem Kirchplatz und wollten gerade die Kirche betreten, als es zwei Explosionen gab, und dann begannen Leute zu schießen. Rauch, Geschrei, Hilflosigkeit; überall lagen Menschen in ihrem Blut. Ich habe nicht begriffen, was eigentlich geschehen war. Verwandte brachten uns zum Krankenhaus. Wir erhielten keine Behandlung, nur Schmerzmittel. Die Lage ist schlimm. Jeder will weg. Um uns herum Bedrohung. Die Polizei will nur neue Täter finden und findet Unschuldige, die sie zu Tätern macht. Wer in ihre Hände gefallen ist, ist nach vier Tagen in einem fürchterlichen psychischen Zustand. Yohanabad ist nicht mehr wie früher. Ich habe Angst, das Haus zu verlassen. Mein Sohn geht nicht mehr in die Schule. Unsere Zukunft ist Arbeitslosigkeit, zerstört in wenigen Augenblicken. Ich möchte weg, aber wohin?“ (Rehana Bibi)

Am 15. März griffen muslimische Extremisten in Yohanabad bei Lahore/Pakistan zunächst die evangelische Kirche und dann die katholische Kirche an. (siehe „Für die Menschenrechte“ 4 und 5). Das Selbstmordattentat auf die katholische Kirche kostete 18 Katholiken und zwei Selbstmordattentäter das Leben, 100 Menschen wurden verwundet. Aufgebrachte Christen entrissen der Polizei zwei Terrorhelfer, die den Selbstmördern den Weg zur Kirche freigeschossen hatten, und lynchten sie. Das unmittelbar nach dem Anschlag vorhandene Mitgefühl schlug angesichts zwei getöteter Muslime sofort um. Die Polizei begann, junge Männer festzunehmen, die sie auf Pressefotos erkannt zu haben glaubte. Doch Wochen danach nahm die Polizei weiter Christen fest. Viele wurden auf unmensliche Weise gefoltert. Noch Mitte Juni waren Hunderte inhaftiert. Besonders litten die verwundeten Christen, die in öffentlichen Krankenhäusern keine medizinische Behandlung mehr bekamen. Die Behandlung in privaten Kliniken können sich die zumeist armen Christen nicht leisten.

Mit den Fragen „Wo befanden Sie sich im Zeitpunkt des Attentats? Was haben Sie gesehen? Was geschah nach dem Attentat? Haben Sie daran gedacht, Yohanabad zu verlassen?“ wollte sich die IGFM ein Bild über die Lage der betroffenen verwundeten Christen machen. Rechtsanwältin Aneeqa Maria Anthony, Leiterin der Hilfsaktion VOICE, lud einige Zeugen des Attentats in ihr Büro, wo ich (Karl Hafen) sie per Internettelefon (Skype) interviewte.



Zuhause ohne weitere ärztliche Betreuung



Zwei Wochen nach dem Anschlag im gleichen Bettzeug

„Mein Bruder stand im Tor der Kirche, als die Bombe explodierte und war sofort bewusstlos. Freunde brachten ihn auf dem Fahrrad zum Krankenhaus; er wurde untersucht. Er hatte 12 Splitter im Körper; sein verletztes linkes Auge hat man ihm weggenommen. Dann lag er sieben Tage dort, ohne dass sich ein Arzt weiter um ihn kümmerte. Wegen der Splitter im Körper kann er weder stehen noch sitzen; er spricht nicht mehr richtig. Wir wohnen schon nicht mehr in Yohanabad. Wir sagen auch nicht mehr, dass wir Christen sind.“ (Norin Bibi, 24 Jahre alt)

„Ich bin schwer verletzt und kann nicht mehr arbeiten. Gestern gab es fünf Verhaftungen in unserer Nachbarschaft. Es wurde eine Verhaftungsrate angeordnet, und die Polizisten kommen und erfüllen diese Rate. Sie schlagen, sie foltern. Jeder weiß das, aber die Regierung sagt, dass es nicht so ist. Christen haben keine Zukunft mehr in Yohanabad. Ich will nur weg.“ (Yosef Rehmat)

„Ich bin aus Islamabad zu Besuch zu meiner Familie gekommen. Die gesamte Familie saß schon in der Kirche. Vor der Heiligen Messe wollte ich noch schnell die Windeln meiner zweijährigen Tochter wechseln und zur Kirchentür, als ich Schreie hörte. Plötzlich wurde ich bewusstlos. Die Ambulanz nahm mich mit zum Krankenhaus. Ich wurde operiert, aber nicht alle Kugeln wurden entfernt. Man legte mich auf den Gang

Saudi-Arabien

1000 Peitschenhiebe sind Mord in Raten!

Am 8. Mai 2014 erging gegen den Menschenrechtsaktivisten Raef Badawi folgendes Urteil: 1.000 Peitschenhiebe, zehn Jahre Gefängnis und 1.000.000 Saudische Rial (umgerechnet rund 194.000 Euro) wegen „Beleidigung des Islam“. Diese 1000 Peitschenhiebe sollten jeweils zu 50 Peitschenhieben nach dem Freitagsgebet bis zur vollen Abgeltung vollstreckt werden. (siehe auch IGFM-Aufruf gegen die Vollstreckung in „Für die Menschenrechte“ Nr. 1-2015) Nach weltweiten Protesten nach dem ersten Vollzug am 9.1.2015



wurde die Bestrafung ausgesetzt, doch nun erneut bestätigt. Der weitere Vollzug ist die Vollstreckung eines Todesurteils auf Raten. Das wollen wir nicht hinnehmen. Dass das Königreich sensibel auf die Proteste reagiert, zeigt die Reaktion auf den Protest des EU-Parlaments: Man sei stark unzufrieden und missbillige die Berichte. Bitte: reagieren auch Sie und protestieren Sie gegen die Vollstreckung:

Botschaft
des Königreichs Saudi-Arabien
Tiergartenstr, 33-34 • 10785 Berlin

Mehr unter www.igfm.de

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:
IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ
Bank für Sozialwirtschaft,
Konto 14 03 600 • BLZ: 550 205 00



und meinte: Du hast zu warten! Bis heute habe ich Schmerzen im Rücken und in den Beinen. Ich kann nicht nach Islamabad zurück. Ich bin Augenzeugin des Attentats, und die Polizei will nicht, dass ich darüber berichte. Drei Söhne unseres Nachbarn wurden verhaftet. Ihre Mutter weiß, dass die Söhne gefoltert werden, dass sie schreien, aber nichts zu der Sache mit den verbrannten Muslimen sagen können. Sie weiß nicht, wann sie entlassen werden.“ (Subera Bibi, verh. 2 Kinder)

„Ich heiße Daniel Shafi und habe starke Schmerzen. Ich war eigentlich nur zufälliger Passant in der Nähe der Kirche, als es eine Explosion gab. Ich sah Tote, Verletzte und hörte Geschrei, doch dann wurde ich ohnmächtig. Ich wachte im Krankenhaus auf einer Bahre auf. Keiner kam, um mir zu helfen. Ich rief nach meiner Verlobten. Sie brachte Geld mit, gab es einem Arzt und dann wurde ich operiert. Danach wurde ich nicht weiter betreut. Ich kann vor Schmerzen nicht länger als eine Stunde sitzen. Ich habe Drohungen erhalten: ‚Wir werden Euch töten‘. In Punjab wird uns niemand mehr einen Job geben, wenn der Arbeitgeber hört, dass wir aus Yohanabad kommen. Schrecklich. Irgendwann werden sie kommen und die Häuser der Christen anzünden und die Polizei wird nichts dagegen tun und uns nicht helfen.“

„Ich habe einen Imbiss an der Straße vor der Kirche und konnte sehen, wie sich vor dem Kircheingang junge Muslime auffällig benahmen. Mein Sohn, 18 Jahre alt, bat sie zu gehen. Sie diskutierten kurz mit ihm und dann schossen sie auf ihn. Ich rannte sofort zur Kirche zu meinem Sohn, und dann fielen weitere Schüsse und es gab eine Explosion. Tote überall, Schreie, verstörte Leute. Ich trug meinen Sohn zum Krankenhaus, aber er war tot. Jemand hatte gesehen, dass ich einen der beiden muslimischen Männer festhalten wollte. Jetzt werde ich nicht nur von Muslimen bedroht,

sondern auch von der Polizei. Wir müssen wegziehen. Ich weiß nicht, wie wir überleben sollen.“ (Rehmat Masih)

„Wir saßen bereits in der Kirche. Meine Tochter hatte Durst und frug meinen Mann, ob sie sich draußen am Brunnen auf dem Kirchhof etwas Wasser holen dürfe. Sie stand im Kirchenportal, als die Bombe explodierte. Sie lag bewusstlos auf dem Boden; sie war am Kopf verletzt. Wir nahmen sie auf und rannten zum Krankenhaus. Sie starb auf dem Weg dorthin, sie war erst acht Jahre alt.“ (Safia Bibi)

Alle, die ich interviewen konnte, berichteten, dass sie aus ihren Arbeitsstellen entlassen wurden und ihnen mit Nachdruck nahegelegt wurde zu „verschwinden“. Tausende Christen haben Lahore verlassen. Einige Familien sind bereits weggezogen nach Thailand, nach Indien und Sri Lanka und suchen dort Hilfe, aber nicht jeder hat die Kontakte und das Geld dafür. Laut Regierungsdekret erhielt jeder Verletzte, der sich im Krankenhaus registrieren ließ, eine kleine Entschädigung in Höhe von 7.500 Pakistanische Rupien, das entspricht einem Gegenwert von ca. 70 €. Doch die ist längst aufgebraucht. Durch die Nichtbehandlung der Wunden und Verletzungen sind die meisten nicht in der Lage zu stehen oder zu sitzen, Wunden haben sich entzündet und müssen dringend behandelt werden, um Schlimmeres zu verhindern.

Frau Anthony bittet uns um Hilfe für die Verletzten. „Die öffentlichen Krankenhäuser helfen nicht. Es sind nicht nur die Verwaltungsmitarbeiter, die die Hilfe verweigern, sondern sogar Ärzte haben sich zusammengeschlossen und erklärt, dass sie Christen nicht behandeln. In dieser aufgeheizten Stimmung ist die Lage für die Christen daher nicht ungefährlich. Aber es gibt private Krankenhäuser, die keinen Unterschied wegen der Religion machen. Die Ärzte sind gut ausgebildet, die Behandlung muss man selbst bezahlen. Sie ist etwas teurer als in den öffentlichen Kliniken, aber die Verletzten werden sofort behandelt. Daher sind die Chancen, dass die Verletzten wieder hergestellt werden, sehr groß. Bitte helfen Sie, damit wir Christen unsere Gesundheit und unsere Würde wiederbekommen.“ Mit bereits 5000 € können wir wirkungsvoll helfen.

Frau Anthony wird die IGFM voraussichtlich wieder im Oktober besuchen. Sie berichtet über ihre Hilfe nicht nur uns, sondern gerne auch bei Ihnen und zeigt, was sie erreichen konnte. Bitte zeigen Sie sich großzügig.

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Redaktion: Karl Hafen
Erscheinungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach
Sektion Österreich:
Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien
Sektion Schweiz:
Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,
Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Kennwort VOICE (53)

Am 19.5.2015 verabschiedete die russische Staatsduma das Gesetz 264.1. Es verbietet die Tätigkeit von „unerwünschten“ ausländischen juristischen Personen in Russland. Ohne präzise Definition strafrechtlich relevanter Delikte und in der Anwendung basierend auf Informationen von Innenbehörden, Staatssicherheit und Polizei ist es eine deutliche Verschärfung des aus dem Jahre 2012 verabschiedeten Gesetz über Nichtregierungsorganisationen (NGO). Schon nach dem alten Gesetz wurden viele ehrwürdige Vereine verfolgt und lahmgelegt. Auch wenn die Definitionen des NGO-Gesetzes bereits sehr schwammig und weit auslegbar waren, so wurde immerhin noch versucht, Kriterien zu nennen, wer wann wie als ausländischer Agent einzustufen war.

Das neue Gesetz macht sich noch nicht einmal die Mühe, den Schein zu wahren: Nach dem Gesetz kann eine ausländische oder internationale Nichtregierungsorganisation als „unerwünscht“ gelten, die - ohne nähere Definition - eine Bedrohung für die Grundlagen der Verfassungsordnung der Russischen Föderation, die Verteidigung des Landes, die Sicherheit des Staates, der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Gesundheit darstellt. Die Entscheidung über die Einstufung wird von der Generalstaatsanwaltschaft in Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation auf der Grundlage der Informationen aus dem Innenministerium und der Staatssicherheit sowie der Polizei getroffen. Eine graduelle Gewichtung sieht das Gesetz nicht vor.

In eigener Sache:

*Aus Kostengründen haben wir unsere Hausbank gewechselt. Wir empfehlen daher, ab sofort das neue Konto zu verwenden bei der **Bank für Sozialwirtschaft** IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00 Die bisherige, Ihnen bekannte Bankverbindung bei der Taunussparkasse bleibt aber weiter bestehen. Alte Zahlscheine kommen weiterhin an. Daueraufträge brauchen nicht geändert zu werden.*

Mit diesem Status „unerwünscht“ betroffene Vereine dürfen keine weiteren Filialen gründen und müssen die bestehenden auflösen. In letzter Konsequenz wird die Einstellung des laufenden Betriebs verlangt.

Die Bestrafung zielt sowohl auf Personen wie auf die Existenz des Vereins ab: Die Strafe für die Teilnahme oder Mitgliedschaft lautet 5.000 – 15.000 Rubel (ca. 80 – 400 €) für Privatpersonen, 20.000 – 50.000 Rubel (350 – 900 €) für geschäftsführende Personen und 50.000 bis 100.000 Rubel (900 – 1800 Rubel) für juristisch verantwortliche Personen. Für systematische Verstöße gegen den neuen Paragraphen 264.1 des StGB RF ist eine strafrechtliche Haftung in Form von Geldstrafen von 300.000 bis 500.000 Rubel (5.400 – 9000 €) vorgesehen, bis zu 360 Arbeitsstunden, bis 5 Jahre Zwangsarbeit mit oder ohne Freiheitsstrafe bis hin zu einer Freiheitsstrafe von zwei bis sechs Jahren.

Das erinnert stark an Willkürurteile in der Sowjetunion. Damit aber nicht genug: Mit dem neuen Präsidentenerlass Nr. 271 fallen Informationen über Verluste russischer Soldaten jetzt unter die Liste der Staatsgeheimnisse, auch über die, die in Friedenszeiten umkommen. Das schränkt die Arbeit der Soldatenmütterkomitees ein, denn gerade sie berichteten über die Grausamkeiten und Gräueltaten in der Armee, weil Offiziere ihre Untergebenen aus niedrigsten Gründen schikanierten und hunderte bis zu tausende Untergebene nur aufgrund verübter Gewalt bei Alkoholexzessen oder schikanöser Befehle ihr Leben lassen mussten. Bekommen die Eltern nun wieder die legendären verschweißten Zinnsärge Nr. 200 mit dem Totenschein „Herzversagen“ verbunden mit der Order, den Sarg bei Strafe nicht öffnen zu dürfen? Die Arbeit von Soldatenmütterkomitees ist deshalb gerade in Russland besonders wichtig. Bei allen jetzt aufkommenden Schwierigkeiten werden wir Mittel und Wege finden, die Arbeit der Soldatenmütter zu unterstützen. Dafür erbitten wir Ihre Spende.

Kennwort: Friedensbeitrag (35)

Gefangene Juni 2015: Kindergärtnerin Cheng Jie und drei Mitarbeiter



Religionsgemeinschaften in China müssen „chinesisch“ sein, sie müssen sich in die „sozialistische Gesellschaft“ integrieren, stehen unter der Leitung der Kommunistischen Partei und müssen „der Entwicklung der Nation dienen“. So äußerte sich jetzt Mitte Mai Chinas Präsident Xi Jinping auf einer Konferenz von nicht-kommunistischen Parteien in Peking.

Was das in der Realität bedeutet, davon zeugt das Urteil gegen Cheng Jie, Leiterin des Hualin-Kindergartens der Liangren Hauskirche, den Gemeindeältesten Huang Quirui, die Familienmutter Li Jiato, die zu zwei Jahren und einer Geldstrafe, und den Drucker Fang Bin, zu 21 Monaten Haft verurteilt wurden. Ihnen wurde vorgeworfen, mit dem Vertrieb eines staatlich nicht erlaubten Kindergartentextbuches Profit gemacht zu haben. Die Verurteilten hätten nur den Selbstkostenpreis für die der Charaktererziehung dienenden Bücher verlangt, so die Verteidiger. Cheng Jie war bereits im Februar 2014 festgenommen worden, die anderen drei im Juni 2014. Die in der Provinz Guangxi angesiedelte Liangren Hauskirche hat nach Angaben verschiedener christlicher Nachrichtendienste mit starker Verfolgung zu kämpfen.

Setzen Sie sich höflich für die Freilassung der Inhaftierten ein, die nur ihr Recht auf Religionsfreiheit praktiziert und Ihrer Glaubensüberzeugung Ausdruck gegeben haben.

Seine Exzellenz
Xi Jinping, Generalsekretär der
KP der Volksrepublik China
Botschaft der VR China
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin